Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag- 150 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 205 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 3. September 1930

„Feste" Preise.

„Preisabbau" ist das Schlagwort unserer Tage. Wie jedes Schlagwort, so ist auch dieses der Gefahr nicht entgangen, falsch verstanden und falsch angewandt zu werden. Wer gleich nach dem Lautwerden der Forderung mit ihrer sofortigen Verwirklichung rechnete, der mußte sich enttäuscht sehen. Denn es ist ein weiter Weg vom Rohstoff bis zur fertigen Ware, wie sie über den Ladentisch hinweg dem Kunden gereicht wird, und die verschiedensten preisbildenden Momente gilt es auf diesem Wege zu beeinflussen, um eine Verbilligung in die Wege zu leiten. Von der Industrie wurde zuerst bei den bekannten Stinnhausener Verhandlungen der Ruf nach Preissenkung erhoben in Verbindung mit Lohnherabsetzung. Um die Preise erniedrigen zu können, sollten u. a. auch die Löhne abgebaut werden, denn der Lohnanteil ist ja einer der Hauptbestandteile der Herstellungskosten des Erzeugnisses. Dieser Plan begegnete bekanntlich dem Widerstand der Arbeiterorganisationen, die von ihren tarifmäßigen Rechten nicht abgehen wollten. Sie erklärten und erklären noch, daß allein hohe Löhne die daniederliegende Erzeugung ankurbeln können, weil dadurch die Kaufkraft gefördert, die Kauflust angeregt und der Verbrauch gehoben werden kann. Andererseits sagen die Unternehmer, daß sie bei den ihrer Ansicht nach überhöhten Löhnen nicht imstande seien, die Erzeugungskosten zu senken und die Preise zu verbilligen. Der Tendenz fallender Preise kommen nun aber noch die Verhältnisse auf dem Weltmarkt entgegen, wo die Preise einer großen Anzahl von Rohstoffen stark gefallen sind.

Weiter gehen die Bestrebungen der Regierung dahin, bei der Vergebung der Reichspostaufträge und der Reichsbahnbestellungen neben einer Produktionsbelebung gleichzeitig eine Preissenkung ohne Lohnabbau zu erreichen. Schließlich soll eine Senkung des Preisstandes erzielt werden durch einen Druck auf die Kartelle, um hier auf einzelnen Marktgebieten ein Weichen der Preise zu veranlassen. Im allgemeinen hat man von einem Erfolg dieser Maßnahmen noch nicht viel gemerkt, und es ist auch sehr fraglich, ob, nachdem der Wahlkampf in seine entscheidende Phase gelangt und in der Entwicklung der Wirtschaft fast ein Stillstand eingetreten ist, zurzeit eine ausschlaggebende Einwirkung überhaupt schon möglich ist. Wie dem auch sei, der Verbraucher jedenfalls wird wohl noch einige Zeit warten müssen, bis er die Verbilligung auch am eigenen Geldbeutel spüren wird. Es kommt dazu, daß der Einzelhändler, der dem letzten Verbraucher die Ware verkauft, vorläufig noch die alte Ware, die er vor einiger Zeit noch ohne Verbilligung gekauft hat, am Lager hat. Er muß also, will er sich nicht schädigen, zunächst diese Ware, die mit höheren Unkosten von vornherein belastet ist, loswerden. Erst dann kann er die eventuell verbilligte Ware neu beziehen, um sie der Kundschaft zu niedrigeren Preisen zuzuführen. Noch vorhandene große Läger zu alten Preisen sind natürlich für die Beschleunigung einer Verbilligung eine gewisse Bremse, aber es ist bemerkenswert, daß aus Kreisen des Einzelhandels über eine fast völlige Räumung der Läger berichtet wird, da die Geschäftsinhaber in Erwartung etwaiger Preisrückgänge Eindeckungen unterlassen. Infolge dieser Tatsache könnte eine Besserung der Konjunktur bei Einsetzen der Abrufe unter Umständen kräftig gefördert werden.

Der Preis ist ein äußerst sprödes Objekt und läßt sich sehr schwer beeinflussen, weil er sich aus so vielen einzelnen Teilen zusammensetzt. Von diesen Bestandteilen sind einige ganz besonders starr, wie z. B. die Mieten, die öffentlichen und sozialen Lasten und auch die Gehälter und Löhne, soweit sie tariflich gebunden sind oder unter dem Einfluß von Tarifen stehen. An jeder Stelle stößt die Forderung, nachzugeben, auf mehr oder weniger Widerstand. Man kann die alten Preise nicht einfach, wie beim Inventurausverkauf, mit dem Blaustift durchstreichen und neue an ihre Stelle setzen. Sie sind gewissermaßen etwas Gewachsenes. Man kann es nicht ohne weiteres schaffen, sondern man muß warten, bis es heranwächst. Aber jeder Beteiligte, und wer wäre es nicht, sei es als Erzeuger, Händler oder als Verbraucher, muß dafür sorgen, daß dieser Neuwuchs beschleunigt und nicht durch Eigensucht eine Maßnahme unterbunden wird, deren Lösung nicht nur eine Lebensfrage der Wirtschaft, sondern unserer ganzen Volksgemeinschaft geworden ist.

Neue Belebung der Bauwirtschaft.

Das Bauprogramm der Reichsregierung wächst.

Im weiteren Verlauf des Deutschen Genossenschaftstages fanden Verhandlungen der Baugenossenschaften statt. Der Vorsitzende Dr. Schröder, Kassel, faßte seine Ansicht über die Auswirkungen des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms des Reiches für 1930 folgendermaßen zusammen: Die Erleichterung am Geld- und Kapitalmarkt in den ersten Monaten des Jahres habe zu einer Belebung der Bauwirtschaft geführt. Es sei im allgemeinen zu erwarten, daß das Arbeitsprogramm der Reichsregierung der Bauwirtschaft eine fühlbare Anregung geben wird. Weitere Verhandlungen waren dem Bausparkassenwesen und der Aufwertungsfrage gewidmet.

Ministerparlament in Genf

Paneuropa und Saarschutz.

Die überflüssige Bahnbewachung.

Das deutsche Reichskabinett ist für Mittwoch zu Besprechungen über die Tagung der europäischen Außenminister in Genf einberufen, die sich mit der von Briand vorgelegten Denkschrift zum Paneuropaplan befassen werden. Zur Berliner Kabinettsberatung kehrt der bis zuletzt in Aachen anwesende Reichskanzler Dr. Brüning rechtzeitig zurück. Außenminister Dr. Curtius, der von seinem Unwohlsein völlig wiederhergestellt ist, wird vor dem Kabinett über die Genfer Zusammenkunft sprechen. Auch die Saarangelegenheiten sollen zur Sprache kommen. Dr. Curtius reist in wenigen Tagen nach Genf ab.

In Genf wird sich die erste Verhandlung über die Annäherung der europäischen Länder fast zu einem internationalen Ministerparlament gestalten. Es ist nämlich in Aussicht genommen, zu der zweitägigen Europakonferenz nur die Führer der 27 europäischen Delegationen hinzuzuziehen. Da ja fast alle europäischen Staaten mit wenigen Ausnahmen durch ihre Außenminister vertreten sein werden — auch der italienische Außenminister Grandi wird zum erstenmal bei einer Versammlung des Völkerbundes die italienische Deligation führen —, so wird es sich um eine Konferenz der europäischen Außenminister handeln, die sich in geheimer Aussprache über die weitere Behandlung der Angelegenheit schlüssig werden sollen. Wahrscheinlich wird die Frage schließlich der Völkerbundversammlung überwiesen, zu welcher Zeit dann Einzelheiten bekanntwerden dürften.

*

Saarregierung an Völkerbund.

Auf die Tagesordnung des Völkerbundrates am 8. September ist in einem Nachtrage auch die Saarfrage gesetzt worden. Der Präsident der Saarregierung hat zwei Schreiben an den Völkerbundrat gerichtet, nach denen der internationale Bahnschutz im Saargebiet sowie die Bahnkommission am 31. August vermindert werden. Die Saarregierung unterbreitet diese Beschlüsse dem Völkerbundrat zur Genehmigung.

Das französische halbamtliche Bureau Havas hat in einer Meldung unmittelbar nach der Rheinlandräumung hervorgehoben, daß der Saarschutz nur als Verbindung zwischen der Besatzungsarmee und ihrem Heimatland gedacht gewesen sei, und daß nun auch die Saartruppen, die den Bahnschutz auszuüben hätten, verschwinden würden. Noch ist aber eine Abberufung des Saarschutzes nicht erfolgt. Der internationale Bahnschutz war im Saargebiet durch eine Entschließung des Völkerbundrates von 1927 ausdrücklich dazu geschaffen worden, um die rückwärtigen Bahnverbindungen der Besatzungstruppen aus dem Rheinland zu sichern. Gleichzeitig soll auch eine weitere Bestimmung des Völkerbundrates von 1927 beseitigt werden, nach der die französische Regierung in besonderen Fällen das Recht einer Verstärkung des Bahnschutzes erhalten hat.

*

Curtius und Treviranus.

In ziemlich auffälliger Weise bringt die Berliner Vossische Zeitung folgende Meldung:

„Zwischen Dr. Curtius und Treviranus hat nach der Rückkehr des Reichsaußenministers aus Baden-Baden eine Auseinandersetzung stattgefunden, deren Anlaß das immer häufigere rednerische und publizistische Hervortreten des Reichsministers Treviranus auf dem Gebiete der auswärtigen Politik war. Dr. Curtius hat seinen konservativen Ministerkollegen daran erinnert, daß er und nicht Treviranus für die auswärtige Politik verantwortlich zeichne, und daß es weder den Gepflogenheiten entspreche noch dem Interesse des Reiches nützlich sei, wenn Mitglieder des Kabinetts öffentlich zu Fragen der auswärtigen Politik Stellung nehmen, ohne sich vorher mit dem Außenminister in Verbindung zu setzen und sich seines Einverständnisses zu versichern. Dr. Curtius hat Treviranus ersucht, sich in Zukunft in dieser Richtung mehr Zurückhaltung aufzuerlegen."

*

„Kein aktueller Konfliktfall."

Die Kompetenz für außenpolitische Richtlinien.

Zu der Meldung eines Berliner Abendblattes über einen angeblichen Konflikt zwischen Dr. Curtius und Treviranus wird von unterrichteter Seite erklärt, daß eine persönliche Auseinandersetzung zwischen dem Reichsaußenminister und seinem konservativen Ministerkollegen nicht stattgefunden hat. Treviranus hatte, als Dr. Curtius aus Baden-Baden wieder in Berlin eintraf, bereits eine Wahlpropagandareise angetreten. Im übrigen werden alle Behauptungen über Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Mitgliedern der Reichsregierung auch schon insofern als gegenstandslos bezeichnet, als der Reichskanzler Dr. Brüning vor einigen Tagen in Trier mit einer eindeutig formulierten Erklärung die Kompetenzfrage für die Bestimmung der außenpolitischen Richtlinien des Kabinetts dahingehend geklärt habe, daß für die Führung der Außenpolitik lediglich der Reichskanzler und der Reichsaußenminister verantwortlich seien. Da sicherem Vernehmen nach Reichsminister Treviranus sich grundsätzlich zu dieser Auffassung bekennt, bestehe auch kein Anlaß, im gegenwärtigen Zeitpunkt etwa vorhandene grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Kabinettsmitgliedern zu einem aktuellen Konfliktsfall auszuweiten.

Nervenstärkung für das „totgesagte" Handwerk.

Das deutsche Handwerk in der Gegenwart.

Nach den nunmehr gedruckt vorliegenden Ergebnissen der Feststellungen des Enqueteausschusses ist es möglich geworden, sich mit der derzeitigen Lage des deutschen Handwerks eingehend zu beschäftigen. Die gemachten Feststellungen sind, sozial und wirtschaftlich allgemein betrachtet, von hohem Wert. Die große Öffentlichkeit, so führte auf dem Deutschen Genossenschaftstag Direktor Karthaus-Berlin aus, hat ein erhebliches Interesse daran, zu erfahren, welch

innerer Wert und wirtschaftliche Kraft

heute noch im deutschen Handwerk vorhanden sind. Die große Öffentlichkeit muß erfahren, daß das Handwerk auch heute noch einen wesentlichen und wichtigen Faktor in unserem Wirtschaftsleben darstellt. Das Handwerk selbst muß wissen, wie es um seine Gesamtlage steht, damit es festes Vertrauen wegen der Zukunft seines Berufsstandes gewinnt. Nachdem es in den letzten Jahrzehnten so oft totgesagt worden ist, ist eine solche

Nervenstärkung durchaus notwendig.

Durch die Feststellungen des Enqueteausschusses ist der Beweis erbracht, daß das deutsche Handwerk als besondere Gruppe mit der übrigen Wirtschaft auf Gedeih und Verderb verbunden ist und daß insbesondere die letzten Konjunkturperioden auf das Handwerk genau so eingewirkt haben wie auf unsere übrige Wirtschaft.

Um die Wende des 20. Jahrhunderts wurde durch die bekannten Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik von der Gesamtlage des deutschen Handwerks ein recht unerfreuliches Bild gezeigt. Nach diesen Untersuchungen befand sich damals das Handwerk in einer Zersetzung und Umwandlung, es erschien nach diesen Untersuchungen fraglich, ob sich das Handwerk in der späteren Wirtschaft noch behaupten könne.

Das Bild von der Entwicklung des Handwerks hat sich seit dieser Zeit erheblich geändert. Es gelang dem Handwerk, nicht nur den Auflösungs- und Verdrängungsprozeß, dem es ausgesetzt war, zu verlangsamen, es wurde ihm vielmehr möglich, sich in wichtigen Tätigkeitsgebieten zu behaupten und für verlorene Aufgaben ganz oder teilweise Ersatz zu finden.

An dem allgemeinen Aufschwung der Volkswirtschaft

seit Beginn des laufenden Jahrhunderts hat das Handwerk entsprechend teilgenommen.

Nach den Feststellungen des Enqueteausschusses haben die Umsätze im deutschen Handwerk im Jahre 1924 12,2 Milliarden Mark, 1928 20,7 Milliarden Mark betragen. Dieser Umsatz umfaßt etwa ein Sechstel bis ein Siebentel des Gesamtumsatzes unserer deutschen Volkswirtschaft.

Es wurde festgestellt, daß im Jahre 1926 1 370 000 Handwerksbetriebe mit 1 320 000 Inhabern, 1 517 000 Gesellen, 766 000 Lehrlingen und 109 000 Angestellten vorhanden waren. Danach ist auch heute noch das selbständige Handwerk

die Domäne des selbständigen Unternehmertums

und hat als solche auch für die soziale Klassenbildung eine gesteigerte Bedeutung erhalten.

Die Zahl der mittelbar oder unmittelbar mit dem Handwerk verbundenen Bevölkerung ist auf 12 470 000 Personen oder rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands geschätzt worden. Während nach den Feststellungen des Vereins für Sozialpolitik das Merkmal „keine Maschinenverwendung" zutrifft, ist durch die Feststellungen des Enqueteausschusses ermittelt worden, daß im Handwerk rund

zwei Millionen Pferdestärken elektrische Kraft verbraucht werden.

Es folgten dann weitere Ausführungen über die technische Verfassung des Handwerks im Vergleich zur Vorkriegszeit, ferner über die Frage der Befriedigung des Bedarfs an Betriebskrediten und eingehende Erörterungen über die Lage des Handwerks in betriebswirtschaftlicher Hinsicht. Der Vortragende schloß mit Ausführungen über das Ausmaß der Kostenverschiebung im Handwerk und mit einem Hinweis auf die auf organisatorische Arbeitsleistung und Arbeitsvereinigung gerichteten Bestrebungen.

Die Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß das

Heute beginnt unser neuer Spionage-Roman

Mata Hari